

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 886846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Eckart Kuhlwein MdB
legt Thesen zur SPD-
Bildungspolitik vor.

Seite 1

Horst Sielaff MdB warnt
vor einer falschen Un-
terstützung für die
deutsche Minderheit in
Rußland.

Seite 5

Willy Brandt MdB gra-
tulierte Horst Ehmke
zum 65. Geburtstag.

Seite 6

47. Jahrgang / 23

3. Februar 1992

Thesen zu einer sozialdemokratischen Bildungspolitik der 90er Jahre

Schularbeiten der SPD

Von Eckart Kuhlwein MdB

Eine gemeinsame sozialdemokratische Bildungspolitik ist heute nur noch schwer zu entdecken. Zwar sind zuletzt im Berliner Grundsatztageprogramm und im Beschluß zur Weiterbildung des Bremer Parteitage 1991 gemeinsame Grundpositionen festgehalten worden - ihre Umsetzung in die Praxis läßt jedoch zu wünschen übrig. Das mag damit zusammenhängen, daß Bildungspolitik in den Gliederungen der Partei und vor allem auf der Ebene der Handelnden nicht mehr als Querschnittspolitik verstanden, sondern den wenigen übriggebliebenen Spezialisten überlassen wird, die immer noch die Fahne der Bildungsreform schwingen. Beschlüsse haben keinen Vorlauf an breiten Diskussionen mehr, sie werden sehr schnell zu den Akten gelegt. Im Zweifel diktieren die Finanzpolitiker, was machbar gemacht wird, und allzu häufig werden sie dabei Opfer der konservativen Argumentationen, die Bildungsreform habe außer einem Heer von arbeitslosen Akademikern ohnehin nichts gebracht.

Die SPD wird in der Öffentlichkeit gerade noch mit der immer wieder umstrittenen Errichtung von Gesamtschulen und dem Festhalten am Schüler-BAföG identifiziert. Und natürlich mit den vielen kleinen Reformschritten in den A-Ländern, aus denen jedoch nur selten ein gemeinsames Konzept erkennbar wird. Das hat wohl auch damit zu tun, daß der Bildungsföderalismus in den letzten Jahren auch von der SPD in den Ländern wieder zum Dogma erhoben wird. Mit der Absage an bildungspolitische Zuständigkeiten des Bundes geht die Absage an die Kompetenz der Gesamtpartei einher. Die KMK-Koordinierung der sozialdemokratisch geführten Länder, angereichert durch Vertreter und Vertreterinnen der entsprechenden Koalitionen, tritt an die Stelle eigener programmatischer Arbeit.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
with recycled & recycled
Kraftline-Paper



Erfolgsversprechender sind da schon die Bemühungen von SPD-Bildungspolitikerinnen und Bildungspolitikern in der Sprecherkonferenz von Landtagen und Bundestag. Hier findet wenigstens ein Informations- und Erfahrungsaustausch statt, der gelegentlich sogar abgestimmte Initiativen zur Folge hat. Die Sprecherkonferenz ist sogar dabei, mit eigenen Arbeitsgruppen das Abstimmungsgeschäft der Minister und Ministerinnen zu begleiten, vielleicht sogar nach vorne zu orientieren. Die Sprecherinnen und Sprecher werden dennoch von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. In den A-Ländern, wo Beschlüsse der Bildungssprecherkonferenz umgesetzt werden sollten, bleibt das Echo mager, selbst dann, wenn sogar die Fraktionsvorsitzendenkonferenz sich diese Beschlüsse zu eigen gemacht hat.

Für die konzeptionelle Arbeit zuständig kann deshalb nur die Kommission für Bildungspolitik beim Parteivorstand sein. Dieses Beratungsgremium für den Parteivorstand mit seiner Zusammensetzung aus Administration, Parlament, Wissenschaft und Gewerkschaften ist dafür besonders gut geeignet. Seine Leistungen aus den vergangenen Jahren können sich sehen lassen, auch wenn das öffentliche Echo zu wünschen übrig ließ, weil die Medienstars der SPD nur zu selten über Bildungspolitik reden wollten. Die Kommission muß deshalb über ihre Arbeitsweise nachdenken und neue Formen finden. Erfolgreich wird sie nur dann sein, wenn Bildung wieder einmal oben auf der Themenliste rangiert. Willy Brandt hat das 1969 gemacht. Er hat in dieser Frage keine Nachfolger gefunden.

Die SPD, zu deren besonderem Profil immer auch die Bildungspolitik gehörte, muß dringend Schularbeiten machen. In vielen Bereichen der Bildungspolitik müssen alte Positionen überarbeitet und neue Herausforderungen programmatisch beantwortet werden. Es gibt viel zu tun. Die Kommission für Bildungspolitik sollte es anpacken. Ich nenne hier nur einige der wichtigsten Felder, in denen die SPD neue abgestimmte Konzepte erarbeiten muß:

1. Die SPD verabschiedet sich gegenwärtig in einigen Ländern von den Vorschulklassen als einer auf die Grundschule bezogenen Landeseinrichtung für Fünfjährige. Es gibt dafür nach der pädagogischen Runderneuerung der Kindergärten in den vergangenen 20 Jahren gute Gründe. Aber wenn das so ist, muß die Konzeption insgesamt korrigiert werden. Dazu brauchen wir also eine neue pädagogische Konzeption, die gleichzeitig die Frage beantwortet, ob wir Kindergärten wie im ersten Bildungsgesamtplan als Teil des Bildungssystems oder doch eher als Jugendhilfeeinrichtung ansehen.
2. Die Offene Grundschule ist in den Ländern mit unterschiedlichen Konzepten erprobt worden. Inzwischen gibt es auch Versuche in der Sekundarstufe I. Der Zeitpunkt müßte gekommen sein, etwas darüber zu sagen, ob und wie diese Form des Unterrichts zur Regel werden soll.
3. Es gibt zur Zeit eine lebhafte Diskussion über Ganztagsbetreuung beziehungsweise Ganztagsangebote in der Schule, die interessante neue Bündnisse ermöglicht - von der Frauenbewegung bis zu den Arbeitgeberverbänden. Die SPD ist bisher - sieht man einmal von den vorsichtigen Formulierungen im letzten Bundestagswahlprogramm ab - dazu relativ sprachlos geblieben. Wenn wir sie für richtig und notwendig halten, müssen wir dafür eine gemeinsame Initiative mit einem Stufenplan in Bund und Ländern starten. Und wir müssen etwas dazu sagen, ob die Angebote (freiwillig oder obligatorisch?) Aufgabe von Schulbehörden und Lehrern beziehungsweise Lehrerinnen oder Aufgabe der Jugendhilfe seien, und welche Rolle die Eltern dabei spielen sollen.
4. Wir erleben eine Neuaufgabe der Diskussion um Vielfalt, Dezentralisierung und Autonomie von Bildungseinrichtungen. Frühere Versuche (Bildungsrat, Deutscher Juristentag) sind weitgehend versandet. Wir wissen, daß die Gleichheit der Lebenschancen als sozialdemo-

kratisches Prinzip mit solchen Tendenzen nicht ohne weiteres vereinbar ist. Wir müssen Konzepte entwickeln, die eine mögliche Synthese beider Prinzipien aufzeigen.

5. Die deutsch-deutsche Vereinigung hat die Vielfalt unseres Schulsystems in der Sekundarstufe II zusätzlich "bereichert". Von der einen Schule für alle Kinder in der Mittelstufe sind wir weiter entfernt denn je. Die Hoffnung, die integrierte Gesamtschule werde, über Elternwillen und kommunale Entscheidungen Inselartig eingeführt, das dreigliedrige Schulsystem auszuhebeln, funktioniert auch in den A-Ländern nicht. Das Gymnasium gewinnt wegen der scheinbar bruchlosen Aufstiegsmöglichkeit zum Abitur weiterhin an Attraktivität. Um die Gesamtschule nicht zur "Restschule" zu machen, pflegen wir daneben das dreigliedrige Schulsystem. Das ist nicht besonders logisch und wir werden das nicht bezahlen können. Deshalb gibt es bereits Absetzbewegungen (Saarland, Kiembaum-Gutachten in Nordrhein-Westfalen). Wir brauchen also ein neues Konzept des geregelten Nebeneinanders und Miteinanders verschiedener Schulformen (welcher?) in der Sekundarstufe I.
6. Wir bekennen uns inzwischen zum dualen System der Berufsausbildung mit seinen modernisierten Ausbildungsordnungen. Wir halten es gleichzeitig für einen großen Fortschritt, daß Berufe, die nicht nach dem Berufsbildungsgesetz anerkannt werden, in der Sekundarstufe II mit dem Abitur angeboten werden (Kollegschule). Wir leisten uns schulische Schmalspur-Berufsausbildungen (vor allem für junge Frauen), die wenig Chancen auf dem Arbeitsmarkt bieten und bestenfalls gute Vorbereitungen für eine anschließende Ausbildung im dualen System darstellen, manchmal aber auch nur "Warteschleifen" sind. Wir brauchen ein Konzept für eine dualisierte Sekundarstufe II, die gleichzeitig (das kann auch etwas länger dauern) den Hochschulzugang und einen nach dem Berufsbildungsgesetz geordneten Ausbildungsabschluß bietet. In Klammern sei gesagt: Das Engagement für die Rettung der Berufsausbildung mit Abitur aus der alten DDR ist auch in den A-Ländern (West) nicht gerade überwältigend gewesen, obwohl dies wirklich eine Strukturveränderung des Bildungssystems im Sinne sozialdemokratischer Grundsätze gewesen wäre.
7. Wir leisten uns ein gegliedertes "Hochschulsystem", in dem aus Mangel an Studienplätzen in Fachhochschulen Studierende auf Universitäten ausweichen, obwohl sie eher eine wissenschaftliche Berufsausbildung als eine Ausbildung zum Wissenschaftler suchen. Die Universitäten können (oder wollen) diese Berufsausbildung nicht leisten. Sie sind nicht einmal in der Lage, sich so zu reformieren, daß Studiengänge in einer angemessenen Zeit absolviert werden können und das liegt nicht nur an den unzureichenden materiellen Bedingungen. Da die Finanzminister für sich die Frage bereits beantwortet haben, wie wir auf Dauer 1,5 bis zwei Millionen Studierende auf etwa einer Million Studienplätzen (bezogen auf Fläche und Personalausstattung) ausbilden sollen, jedes ertrötzte "Sonderprogramm" ein Tropfen auf dem heißen Stein geblieben ist, werden wir die Strukturen von Studium und Hochschule ändern müssen. Tun wir das nicht, müssen wir mit einem flächendeckenden Numerus clausus rechnen und uns damit von der mit der Öffnung der Hochschulen beabsichtigten Chancengleichheit verabschieden.
8. Im Bereich der Weiterbildung hat die SPD mit dem Beschluß von Bremen konzeptionell am weitesten vorgearbeitet. Von Meinungsführerschaft ist sie dennoch weit entfernt. Das liegt vor allem an den Umsetzungsdefiziten. Die Arbeitgeber haben es außerdem sehr geschickt verstanden, dieses Feld mit eigenen Kampagnen zu besetzen, wobei der Eindruck vermittelt wird, die Welt sei in Ordnung, wenn man sie nur gewähren lasse. Auch SPD-Politiker bleiben davon nicht ganz unbeeindruckt. Das Konzept ist vorhanden, wir müßten gemeinsamen in Bund und Ländern eine darauf basierende Initiative starten.
9. Seit Jahren diskutieren wir über eine Reform des Berufsbildungsgesetzes. Vorarbeiten einer A-Länder-Runde dazu sind versendet. Einzelne Initiativen stehen etwas zusammenhanglos

Erfolgsversprechender sind da schon die Bemühungen von SPD-BildungspolitikerInnen und Bildungspolitikern in der Sprecherkonferenz von Landtagen und Bundestag. Hier findet wenigstens ein Informations- und Erfahrungsaustausch statt, der gelegentlich sogar abgestimmte Initiativen zur Folge hat. Die Sprecherkonferenz ist sogar dabei, mit eigenen Arbeitsgruppen das Abstimmungsgeschäft der Minister und MinisterInnen zu begleiten, vielleicht sogar nach vorne zu orientieren. Die SprecherInnen und Sprecher werden dennoch von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. In den A-Ländern, wo Beschlüsse der Bildungssprecherkonferenz umgesetzt werden sollten, bleibt das Echo mager, selbst dann, wenn sogar die Fraktionsvorsitzendenkonferenz sich diese Beschlüsse zu eigen gemacht hat.

Für die konzeptionelle Arbeit zuständig kann deshalb nur die Kommission für Bildungspolitik beim Parteivorstand sein. Dieses Beratungsgremium für den Parteivorstand mit seiner Zusammensetzung aus Administration, Parlament, Wissenschaft und Gewerkschaften ist dafür besonders gut geeignet. Seine Leistungen aus den vergangenen Jahren können sich sehen lassen, auch wenn das öffentliche Echo zu wünschen übrig ließ, weil die Medienstars der SPD nur zu selten über Bildungspolitik reden wollten. Die Kommission muß deshalb über ihre Arbeitsweise nachdenken und neue Formen finden. Erfolgreich wird sie nur dann sein, wenn Bildung wieder einmal oben auf der Themenliste rangiert. Willy Brandt hat das 1969 gemacht. Er hat in dieser Frage keine Nachfolger gefunden.

Die SPD, zu deren besonderem Profil immer auch die Bildungspolitik gehörte, muß dringend Schularbeiten machen. In vielen Bereichen der Bildungspolitik müssen alte Positionen überarbeitet und neue Herausforderungen programmatisch beantwortet werden. Es gibt viel zu tun. Die Kommission für Bildungspolitik sollte es anpacken. Ich nenne hier nur einige der wichtigsten Felder, in denen die SPD neue abgestimmte Konzepte erarbeiten muß:

1. Die SPD verabschiedet sich gegenwärtig in einigen Ländern von den Vorschulklassen als einer auf die Grundschule bezogenen Landeseinrichtung für Fünffährige. Es gibt dafür nach der pädagogischen Rundemeuerung der Kindergärten in den vergangenen 20 Jahren gute Gründe. Aber wenn das so ist, muß die Konzeption insgesamt korrigiert werden. Dazu brauchen wir also eine neue pädagogische Konzeption, die gleichzeitig die Frage beantwortet, ob wir Kindergärten wie im ersten Bildungsgesamtplan als Teil des Bildungssystems oder doch eher als Jugendhilfeeinrichtung ansehen.
2. Die Offene Grundschule ist in den Ländern mit unterschiedlichen Konzepten erprobt worden. Inzwischen gibt es auch Versuche in der Sekundarstufe I. Der Zeitpunkt müßte gekommen sein, etwas darüber zu sagen, ob und wie diese Form des Unterrichts zur Regel werden soll.
3. Es gibt zur Zeit eine lebhaftige Diskussion über Ganztagsbetreuung beziehungsweise Ganztagsangebote in der Schule, die interessante neue Bündnisse ermöglicht - von der Frauenbewegung bis zu den Arbeitgeberverbänden. Die SPD ist bisher - sieht man einmal von den vorsichtigen Formulierungen im letzten Bundestagswahlprogramm ab - dazu relativ sprachlos geblieben. Wenn wir sie für richtig und notwendig halten, müssen wir dafür eine gemeinsame Initiative mit einem Stufenplan in Bund und Ländern starten. Und wir müssen etwas dazu sagen, ob die Angebote (freiwillig oder obligatorisch?) Aufgabe von Schulbehörden und Lehrern beziehungsweise Lehrerinnen oder Aufgabe der Jugendhilfe seien, und welche Rolle die Eltern dabei spielen sollen.
4. Wir erleben eine Neuaufgabe der Diskussion um Vielfalt, Dezentralisierung und Autonomie von Bildungseinrichtungen. Frühere Versuche (Bildungsrat, Deutscher Juristentag) sind weitgehend versandet. Wir wissen, daß die Gleichheit der Lebenschancen als sozialdemo-

kratisches Prinzip mit solchen Tendenzen nicht ohne weiteres vereinbar ist. Wir müssen Konzepte entwickeln, die eine mögliche Synthese beider Prinzipien aufzeigen.

5. Die deutsch-deutsche Vereinigung hat die Vielfalt unseres Schulsystems in der Sekundarstufe II zusätzlich "bereichert". Von der einen Schule für alle Kinder in der Mittelstufe sind wir weiter entfernt denn je. Die Hoffnung, die integrierte Gesamtschule werde, über Elternwillen und kommunale Entscheidungen Inselartig eingeführt, das dreigliedrige Schulsystem auszulagern, funktioniert auch in den A-Ländern nicht. Das Gymnasium gewinnt wegen der scheinbar bruchlosen Aufstiegsmöglichkeit zum Abitur weiterhin an Attraktivität. Um die Gesamtschule nicht zur "Restschule" zu machen, pflegen wir daneben das dreigliedrige Schulsystem. Das ist nicht besonders logisch und wir werden das nicht bezahlen können. Deshalb gibt es bereits Absetzbewegungen (Saarland, Kiambaum-Gutachten in Nordrhein-Westfalen). Wir brauchen also ein neues Konzept des geregelten Nebeneinanders und Miteinanders verschiedener Schulformen (welcher?) in der Sekundarstufe I.
6. Wir bekennen uns inzwischen zum dualen System der Berufsausbildung mit seinen modernisierten Ausbildungsordnungen. Wir halten es gleichzeitig für einen großen Fortschritt, daß Berufe, die nicht nach dem Berufsbildungsgesetz anerkannt werden, in der Sekundarstufe II mit dem Abitur angeboten werden (Kollegschule). Wir leisten uns schulische Schmalspur-Berufsausbildungen (vor allem für junge Frauen), die wenig Chancen auf dem Arbeitsmarkt bieten und bestenfalls gute Vorbereitungen für eine anschließende Ausbildung im dualen System darstellen, manchmal aber auch nur "Warteschleifen" sind. Wir brauchen ein Konzept für eine dualisierte Sekundarstufe II, die gleichzeitig (das kann auch etwas länger dauern) den Hochschulzugang und einen nach dem Berufsbildungsgesetz geordneten Ausbildungsabschluß bietet. In Klammern sei gesagt: Das Engagement für die Rettung der Berufsausbildung mit Abitur aus der alten DDR ist auch in den A-Ländern (West) nicht gerade überwältigend gewesen, obwohl dies wirklich eine Strukturveränderung des Bildungssystems im Sinne sozialdemokratischer Grundsätze gewesen wäre.
7. Wir leisten uns ein gegliedertes "Hochschulsystem", in dem aus Mangel an Studienplätzen in Fachhochschulen Studierende auf Universitäten ausweichen, obwohl sie eher eine wissenschaftliche Berufsausbildung als eine Ausbildung zum Wissenschaftler suchen. Die Universitäten können (oder wollen) diese Berufsausbildung nicht leisten. Sie sind nicht einmal in der Lage, sich so zu reformieren, daß Studiengänge in einer angemessenen Zeit absolviert werden können und das liegt nicht nur an den unzureichenden materiellen Bedingungen. Da die Finanzminister für sich die Frage bereits beantwortet haben, wie wir auf Dauer 1,5 bis zwei Millionen Studierende auf etwa einer Million Studienplätzen (bezogen auf Fläche und Personalausstattung) ausbilden sollen, jedes ertritzte "Sonderprogramm" ein Tropfen auf dem heißen Stein geblieben ist, werden wir die Strukturen von Studium und Hochschule ändern müssen. Tun wir das nicht, müssen wir mit einem flächendeckenden Numerus clausus rechnen und uns damit von der mit der Öffnung der Hochschulen beabsichtigten Chancengleichheit verabschieden.
8. Im Bereich der Weiterbildung hat die SPD mit dem Beschluß von Bremen konzeptionell am weitesten vorgearbeitet. Von Meinungsführerschaft ist sie dennoch weit entfernt. Das liegt vor allem an den Umsetzungsdefiziten. Die Arbeitgeber haben es außerdem sehr geschickt verstanden, dieses Feld mit eigenen Kampagnen zu besetzen, wobei der Eindruck vermittelt wird, die Welt sei in Ordnung, wenn man sie nur gewähren lasse. Auch SPD-Politiker bleiben davon nicht ganz unbeeindruckt. Das Konzept ist vorhanden, wir müßten gemeinsamen in Bund und Ländern eine darauf basierende Initiative starten.
9. Seit Jahren diskutieren wir über eine Reform des Berufsbildungsgesetzes. Vorarbeiten einer A-Länder-Runde dazu sind versendet. Einzelne Initiativen stehen etwas zusammenhanglos

im Raum. Einige Gewerkschaften wollen noch immer den Kammern die Zuständigkeit wegnehmen und führen dafür oft gewichtige Gründe an. In der SPD denkt ernsthafte niemand daran, diesen Konflikt zu riskieren. Aber es geht um den Ausbau der Beteiligung der Arbeitnehmervertretungen und eine Neudefinition der Rolle der Teilzeitberufsschule im dualen System. Wir müssen gemeinsam Eckwerte für eine Reform des Berufsbildungsgesetzes erarbeiten, die in Bundestag und Bundesrat eingebracht werden.

10. Das Bundesausbildungsförderungsgesetz ist in 20 Jahren zur Förderung für eine Minderheit abgespeckt worden. Es berücksichtigt weder veränderte Lebensverhältnisse, noch ist es logisch in das vorhandene System des Familienlastenausgleichs eingepaßt. Das geltende Unterhaltsrecht führt zu erheblichen Belastungen für Familien mit Kindern für immer längere Ausbildungszeiten. Wir müssen über ein neues Konzept einer elternunabhängigen Förderungen nachdenken, die gleichzeitig finanzierbar bleiben soll. Das setzt voraus, daß wir über das Eigeninteresse der Auszubildenden an Ihrer Ausbildung nachdenken und dabei auch Darlehenssysteme prüfen.
11. Wenn Bildungspolitik an sich - anders als Ende der 60er Jahre - nicht mehr als Motor gesellschaftlicher Veränderungen - angesehen wird, dann doch vielleicht in Verknüpfung mit den Zukunftsfragen der Gesellschaft und der Menschheit. Bildungspolitik wird sich auch daran messen lassen müssen, was sie zur Lösung der ökologischen Krise und zum friedlichen Miteinander in der einen Welt beiträgt. In einigen A-Ländern gibt es dazu interessante Anstöße. Ein gemeinsames SPD-Konzept fehlt ebenso wie gemeinsame bundesweite Initiativen. Wir müßten Erfahrungen aus der Umweltbildung und der Dritte-Welt-Bildung zusammentragen und daraus in Bund und Ländern eine gemeinsame Kampagne starten.
12. Die Grundgesetzreform der Großen Koalition von 1969 hat uns unter anderem im Bildungsbereich die bis heute umstrittenen Gemeinschaftsaufgaben Hochschulbau und Bildungsplanung beziehungsweise Forschungsförderung beschert. Auch unter Sozialdemokraten gibt es eine unheilvolle Diskussion, diese Gemeinschaftsaufgaben abzuschaffen und stattdessen die Finanzverteilung zugunsten der Länder zu verbessern. Das würde bedeuten, daß jedes Land für sich über Hochschulstandorte und Ihre Qualität entscheidet, und daß gemeinsame bundesweite Innovationen über Modellversuche ausgeschlossen sind. Unbestreitbar hat sich durch die Gemeinschaftsaufgaben eine "Grauzone" der Entscheidungen zwischen Verwaltungen entwickelt, die weder ausreichend öffentlich noch parlamentarisch kontrolliert werden können. Diese Kritik betrifft aber nicht nur Bund-Länder-Gremien wie die BLK, den Wissenschaftsrat, den Planungsausschuß nach dem Hochschulbauförderungsgesetz, sie betrifft mindestens genauso deutlich das autonome Länderinstrument Kultusministerkonferenz. Die SPD muß in die anstehende Verfassungsdiskussion auch Vorschläge zur Struktur des Bildungswesens und zur Institutionalisierung der Kooperation zwischen Bund und Ländern einbringen. Dabei muß die parlamentarische Kontrolle der gemeinsamen Gremien gewährleistet werden.
13. Der Bremer Parteitag hat in die Reihe der sozialen Grundrechte, die in der Verfassung Platz finden müssen, auch ein Grundrecht auf Bildung aufgenommen. Wir müssen diese Forderung argumentativ untermauern und konkretisieren, damit sie wenigstens auf sozialdemokratischer Seite zum Bestandteil der Verfassungsdiskussionen wird.

(-/3. Februar 1992/hgs/ks)

Drohungen sind das falsche Mittel
Gerechtigkeit für die deutsche nationale Minderheit

Von Horst Sielaff MdB

Das Bundesministerium des Innern hat mitgeteilt, daß 650.000 Deutschstämmige in den GUS-Staaten an die Ausreise in die Bundesrepublik denken.

Jetzt muß die Bundesregierung zugeben, daß der Aussiedlerstrom Deutschstämmiger aus Osteuropa anhält. Hieß es vor kurzem noch: der Aussiedlerstrom läßt nach, so muß sich die Bundesregierung heute vorhalten lassen, daß es sich bei dieser Aussage um Augenwischerei handelte, weil nur die bürokratischen Erschwernisse der Bearbeitung der Anträge einen Stau verursachten. Die Zahl der Ausreisewilligen stieg derweil: heute denken rund 650.000 Deutschstämmige in der ehemaligen UdSSR an die Ausreise in die Bundesrepublik.

Augenwischerei, falsche politische Einschätzung der Situation in Rußland oder Naivität führten offensichtlich auch zur Fehleinschätzung bei der Beurteilung der Realisierung einer autonomen Republik der Deutschen in Rußland. Nach dem Besuch Boris Jelzins im November in der Bundesrepublik hatte das Bundesinnenministerium vollmundig erklärt: "Autonomie zugesichert".

Meine Skepsis hinsichtlich der Realisierungschancen hat sich als richtig erwiesen. Offensichtlich wurde das Verhandlungsergebnis zu optimistisch eingeschätzt. Die Wolgarepublik ist heute wieder weit entfernt, die Hoffnungen der Deutschstämmigen sind bitter enttäuscht worden, gerade auch weil die Bundesregierung ihren Optimismus verbreitete. Der Aussiedlerstrom wird anhalten und die Zahlen werden steigen.

Mit der Autonomie muß endlich begonnen werden! Die Wiederherstellung der staatlichen Autonomie ist ein Gebot der Gerechtigkeit gegenüber der deutschen nationalen Minderheit, der mit der Zerschlagung der Wolgarepublik und der Vertreibung durch Stalin bitteres Unrecht widerfahren ist. Die Wiederherstellung der Gerechtigkeit darf allerdings nicht mit neuen Ungerechtigkeiten verbunden werden. Russen und Angehörige anderer Nationalitäten sollten im Gegenteil davon profitieren, daß es mit der deutschen Autonomie an der Wolga auch mehr Transfer von know-how, moderner Technologie und so weiter geben könnte. Autonome Rayons im Wolgagebiet können erste Schritte sein, die ehrlichen Skeptikern die friedliche Realisierbarkeit der Autonomen Republik vorführen könnten.

Die Forderung nach realen Schritten in Richtung Autonome Republik jetzt mit der Drohung zu verbinden, man würde den Geldhahn sonst schliessen, erreicht das Gegenteil. Die komplizierte ethnische Struktur der ehemaligen UdSSR erfordert auch von bundesdeutscher Seite, auf Drohgebärden zu verzichten. Mit oder ohne Wolgarepublik ist es richtig, Rußland in der schwierigen gegenwärtigen Lage Unterstützung zu gewähren. Und es gibt keinen Grund, Mittel zur Förderung und Unterstützung der Bewahrung und Pflege deutscher Sprache und Kultur zu streichen. Deutsche Kulturförderung verstanden als Bereicherung im Miteinander unterschiedlicher ethnischer Gruppen hilft Mißtrauen und Vorurteile abzubauen. Gerade das ist erforderlich hinsichtlich der Autonomen Republik der Deutschen. Eine friedliche Realisierung der Wolgarepublik wird es nur geben, wenn die Auseinandersetzung auf der Grundlage von nüchterner Aufklärung, Transparenz und der sachbezogenen Lösung von Interessenkonflikten geführt wird.

(-/3. Februar 1992/hgs/ks)

"Macht nicht so viel Gedöns"

Horst Ehmke wird 65

Von Willy Brandt MdB
SPD-Ehrenvorsitzender

Der Danziger, seit langen Jahren als Bonner Abgeordneter im Bundestag, hat sich noch vor Erreichen der im öffentlichen Dienst üblichen Altersgrenze aus der ersten Linie der Tagespolitik zurückgezogen. Diejenigen dürften sich zu früh gefreut haben, die meinten, sich nicht mehr an ihm reiben zu müssen. Sein Einfluß könnte, nach einiger Distanz, noch an Gewicht gewinnen.

In die Annalen der Bundesrepublik hat sich sein Name durch das Wirken in einer Mehrzahl von Feldern öffentlicher Verantwortung eingeprägt:

- der junge Freiburger Ordinarius und Stuttgarter Abgeordnete, der in den sechziger Jahren auf überfällige Erneuerung drängte, in Staat und Gesellschaft wie in der eigenen Partei;
- der Staatsrechtler, der schon mit seiner Dissertation die "Grenzen der Verfassungsänderung" untersuchte und dabei Fragen aufwarf, die heute zu Beginn der Beratungen der Gemeinsamen Kommission von Bundestag und Bundesrat wieder sehr aktuell geworden sind;
- der Staatssekretär, der in der Großen Koalition mit Gustav Heinemann (und als dessen Nachfolger im Amt des Bundesministers der Justiz) ein ganzes Bündel überfälliger Rechtsreformen auf den Weg brachte;
- der Minister im Kanzleramt, danach auch für Technologie, der die ersten fünf Jahre der sozial-liberalen Regierung wesentlich mitprägte;
- der Mitgestalter einer deutschen Außenpolitik, die sich aus der Verkrampfung der ersten Nachkriegszeit löste;
- der Mitverfasser von Programmtexten seiner Partei;
- der (bis 1990) stellvertretende Vorsitzende der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, der die unterschiedlichen Bereiche der auswärtigen Politik betreute und bei vielen Gelegenheiten zu vertreten wußte.

Die Zahl derer ist groß, die Horst Ehmke mit seinen analytischen und praktisch-politischen Fähigkeiten beeindruckte und beeinflusste. Er hält viel von der moralischen Verankerung politischer Arbeit, obgleich ihm gelegentlich angedichtet wurde, so pingelig brauche man da nicht sein. Daß er gern darauf verzichtete, im Gewande des Intellektuellen aufzutreten, ohne in seinem Arbeitsstil anspruchslos zu werden, dieses Urteil teile ich mit dem seinerzeit bekanntesten Bonner "Hofchronisten".

Ich mache mich zum Sprecher nicht weniger, die Horst Ehmke zum halbrunden Geburtstag gratulieren und ihm Dank sagen möchten. Auch wenn er nicht mehr "überall dabei" sein möchte, wird ihm doch bewußt sein, daß es seiner Anstöße und Beiträge weiterhin sehr bedarf. (Dies schreibe ich auf das Risiko hin, daß er mit dem Lieblingssatz Gustav Heinemanns antwortet: "Macht nicht so viel Gedöns.")

(-/3. Februar 1992/hgs/ks)
